

## **Prof. Jeffrey Sachs darüber, wie die UN vier Kriege schnell beenden kann**

*Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.*

Herr Präsident, sehr geehrte Botschafter, Generalsekretär Guterres, NDB-Präsidentin Rouseff, verehrte Diplomaten, meine Damen und Herren,

Mein Name ist Jeffrey D. Sachs. Ich bin Universitätsprofessor an der Columbia University. Ich bin Spezialist für Weltwirtschaft und nachhaltige Entwicklung. Ich trete vor dem UN-Sicherheitsrat in meinem eigenen Namen auf. Ich vertrete mit meiner Aussage keine Regierung oder Organisation.

Die heutige Sitzung findet in einer Zeit statt, in der mehrere große Kriege geführt werden. In meiner Stellungnahme werde ich mich auf vier davon beziehen: den Ukraine-Krieg, der 2014 mit dem gewaltsamen Sturz des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch begann; den israelisch-palästinensischen Krieg, der seit 1967 immer wieder aufflammt; den Syrien-Krieg, der 2011 begann; und die Sahel-Kriege, die 2012 in Mali begannen und sich inzwischen auf die gesamte Sahelzone ausgeweitet haben. Diese und andere Kriege der letzten Zeit haben Millionen von Menschenleben gefordert, Billionen von Dollar an Militärausgaben vergeudet und kulturellen, natürlichen und wirtschaftlichen Reichtum zerstört, der über Generationen, ja Jahrtausende geschaffen wurde. Kriege sind der schlimmste Feind der nachhaltigen Entwicklung. Diese Kriege mögen unlösbar erscheinen, aber sie sind es nicht. Ich würde sogar behaupten, dass alle vier Kriege durch eine Einigung im UN-Sicherheitsrat zügig beendet werden könnten. Ein Grund dafür liegt in der Notwendigkeit, große Kriege von außen finanzieren und bewaffnen zu müssen. Der UN-Sicherheitsrat könnte sich auf die Beendigung dieser schrecklichen Kriege einigen, indem er die externe Finanzierung und Bewaffnung unterbindet. Dies würde eine Vereinbarung zwischen den Großmächten erfordern. Der andere Grund, warum diese Kriege zügig beendet werden können, sind wirtschaftliche und politische Faktoren, die durch Diplomatie und nicht durch Krieg gelöst werden können. Indem der Sicherheitsrat sich mit den zugrunde liegenden politischen und wirtschaftlichen Faktoren befasst, kann er die Voraussetzungen für Frieden und nachhaltige

Entwicklung schaffen. Lassen Sie uns jeden der vier Kriege der Reihe nach betrachten.

Der Krieg in der Ukraine hat zwei politische Grundpfeiler. Der erste ist der Versuch der NATO, trotz der rechtzeitigen, wiederholten und zunehmend nachdrücklichen Einwände Russlands, in die Ukraine zu expandieren. Russland betrachtet die NATO-Präsenz in der Ukraine als eine erhebliche Bedrohung für seine Sicherheit. (1) Die zweite politische Ursache ist die ethnische Ost-West-Spaltung der Ukraine, die teils entlang sprachlicher, teils entlang religiöser Linien verläuft. Nach dem Sturz von Präsident Janukowitsch im Jahr 2014 lösten sich ethnisch russische Regionen von der Regierung nach dem Staatsstreich und forderten Schutz und Autonomie. Das Minsk-II-Abkommen, das von diesem Rat in der Resolution 2202 einstimmig gebilligt wurde, forderte die Aufnahme der regionalen Autonomie in die ukrainische Verfassung, doch wurde das Abkommen von der ukrainischen Regierung trotz der Unterstützung des UN-Sicherheitsrats nie umgesetzt. Die wirtschaftliche Ursache des Krieges ergibt sich aus der Tatsache, dass die Wirtschaft der Ukraine sowohl nach Westen zur Europäischen Union als auch nach Osten zu Russland, Zentralasien und Ostasien ausgerichtet ist. Als die EU versuchte, ein Freihandelsabkommen mit der Ukraine auszuhandeln, äußerte Russland die Befürchtung, dass der eigene Handel und die eigenen Investitionen in der Ukraine untergraben würden, wenn nicht ein dreiseitiges Abkommen zwischen der EU, Russland und der Ukraine zustande käme, um sicherzustellen, dass der ukrainisch-russische Handel und die ukrainischen Investitionen neben den Handelsbeziehungen zwischen der EU und der Ukraine aufrechterhalten würden. Leider war die EU offenbar nicht bereit, mit Russland über eine solche dreiseitige Vereinbarung zu diskutieren, wodurch die konkurrierende Ost-West-Ausrichtung der ukrainischen Wirtschaft nie geregelt werden konnte. Dieser Rat könnte den Ukraine-Krieg schnell beenden, indem er sich mit den zugrunde liegenden politischen und wirtschaftlichen Ursachen befasst. An der politischen Front sollten sich die P5-Staaten auf die Gewährung einer Sicherheitsgarantie für die Ukraine einigen und gleichzeitig die Ausweitung der NATO auf die Ukraine ablehnen, um so dem starken Widerstand Russlands gegen die NATO-Erweiterung zu begegnen. Der Rat sollte sich auch um eine dauerhafte Lösung für die ethnischen Spaltungen in der Ukraine bemühen. Die Tatsache, dass die Ukraine die Minsk-II-Vereinbarung nicht umsetzt und der Rat die Vereinbarung nicht durchsetzt, bedeutet, dass die Lösung einer regionalen Autonomie nicht mehr ausreicht. Nach fast zehn Jahren harter Kämpfe ist es realistisch, dass einige der ethnisch russischen Regionen als Teil Russlands verbleiben werden, während der überwiegende Teil des ukrainischen Territoriums natürlich bei einer souveränen und sicheren Ukraine verbleiben wird. In wirtschaftlicher Hinsicht gibt es zwei Überlegungen, eine zur Gestaltung der Wirtschaftspolitik und eine zur Finanzierung. Was die wirtschaftliche Strategie betrifft, so hat die Ukraine ein starkes Interesse daran, der Europäischen Union beizutreten und gleichzeitig offene Handels- und Finanzbeziehungen mit Russland und dem Rest Eurasiens zu unterhalten. Die ukrainische Handelspolitik sollte eher integrativ als divergierend sein, damit die Ukraine als lebendige wirtschaftliche Brücke zwischen dem Osten und dem Westen Eurasiens dienen kann. Was die Finanzierung betrifft, so wird die Ukraine Mittel für den Wiederaufbau und für neue physische Infrastrukturen benötigen – wie

Schnellbahnen, erneuerbare Energien, 5G und die Modernisierung von Häfen. Wie ich weiter unten beschreibe, empfehle ich, dass der Sicherheitsrat einen neuen Friedens- und Entwicklungsfonds einrichtet, um die finanziellen Mittel zu mobilisieren, die der Ukraine und anderen Kriegsgebieten helfen sollen, vom Krieg zu einer langfristigen, nachhaltigen Entwicklung überzugehen.

Betrachten Sie in ähnlicher Weise den Krieg in Israel und Palästina. Auch hier könnte der Krieg umgehend beendet werden, indem der Rat die zahlreichen Resolutionen des UN-Sicherheitsrats durchsetzt, die über mehrere Jahrzehnte hinweg verabschiedet wurden und in denen die Rückkehr zu den Grenzen von 1967, die Beendigung der israelischen Siedlungsaktivitäten in den besetzten Gebieten und die Zweistaatenlösung gefordert werden, darunter die Resolutionen 242, 338, 1397, 1515 und 2334 des UN-Sicherheitsrats. Es ist eindeutig, dass Israel und Palästina nicht in der Lage sind, bilaterale Vereinbarungen im Einklang mit diesen Resolutionen des UN-Sicherheitsrats zu treffen. Auf beiden Seiten frustrieren die sogenannten Hardliner immer wieder die gemäßigten Kräfte, die einen Frieden auf der Grundlage der Zweistaatenlösung anstreben.

Es ist daher höchste Zeit, dass der UN-Sicherheitsrat seinen Beschlüssen Geltung verschafft, indem er eine gerechte und dauerhafte Lösung umsetzt, die sowohl im Interesse Israels als auch Palästinas liegt, anstatt zuzulassen, dass Hardliner auf beiden Seiten das Mandat dieses Rates ignorieren und damit den Weltfrieden gefährden. Ich empfehle dem Rat, den Staat Palästina innerhalb weniger Tage oder Wochen anzuerkennen und Palästina als Vollmitglied der Vereinten Nationen aufzunehmen, mit der Hauptstadt in Ost-Jerusalem und mit souveräner Kontrolle über die heiligen Stätten des Islam. Der Rat sollte auch eine Friedenstruppe aufstellen, die sich weitgehend aus den arabischen Nachbarländern zusammensetzt, um die Sicherheit in Palästina zu gewährleisten. Ein solches Ergebnis entspricht dem überwältigenden Willen der internationalen Gemeinschaft und liegt im offensichtlichen Interesse sowohl Israels als auch Palästinas, trotz der lautstarken Einwände der Hardliner auf beiden Seiten der Trennlinie. Wie im Fall der Ukraine hat das Versäumnis des Rates, seine früheren Resolutionen zu Israel und Palästina durchzusetzen, die Lösung der aktuellen Situation erheblich erschwert. Die illegalen Siedlungen Israels sind inzwischen auf mehr als 600.000 Siedler angewachsen. Doch Israels schamlose und langjährige Verletzung des UN-Sicherheitsrats in dieser Hinsicht ist kein Grund für den Rat, jetzt vor entschlossenem Handeln zurückzuschrecken, zumal der Gazastreifen in Flammen steht und die gesamte Region ein Pulverfass ist, das jeden Moment explodieren könnte. Die wirtschaftliche Strategie sollte mit der politischen Strategie einhergehen. Am wichtigsten ist die wirtschaftliche Lebensfähigkeit des neuen souveränen Staates Palästina. Dazu sind mehrere wirtschaftliche Maßnahmen erforderlich. Erstens sollte Palästina von den Offshore-Öl- und Gasvorkommen in den palästinensischen Hoheitsgewässern profitieren. Zweitens sollte der neue Friedens- und Entwicklungsfonds Palästina bei der Finanzierung eines modernen Hafens in Gaza und einer sicheren Straßen- und Eisenbahnverbindung zwischen dem Gazastreifen und dem Westjordanland helfen. Drittens müssen die lebenswichtigen

Wasserressourcen des Jordantals gerecht zwischen Israel und Palästina aufgeteilt werden, und beide Nationen sollten gemeinsam dabei unterstützt werden, die Entsalzungskapazität erheblich zu erhöhen, um den dringenden und wachsenden Wasserbedarf beider Länder zu decken. Viertens, und das ist der wichtigste Punkt, sollten sowohl Israel als auch Palästina Teil eines integrierten Plans zur nachhaltigen Entwicklung des östlichen Mittelmeerraums und des Nahen Ostens werden, der die Klimaresilienz und den Übergang der Region zu grüner Energie unterstützt.

Der Rat kann in ähnlicher Weise den Krieg in Syrien beenden. Der Syrienkrieg brach 2011 aus, als sich mehrere Regionalmächte und die Vereinigten Staaten zusammenschlossen, um die Regierung des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad zu stürzen. Diese zutiefst fehlgeleitete Regimewechsel-Operation scheiterte, löste aber einen lang anhaltenden Krieg mit enormem Blutvergießen und Zerstörungen aus, darunter auch die Zerstörung alter Kulturstätten. Der Rat sollte deutlich machen, dass alle P5-Länder und die Nachbarstaaten Syriens uneingeschränkt darin übereinstimmen, dass alle Versuche eines Regimewechsels nun endgültig beendet sind und dass der UN-Sicherheitsrat beabsichtigt, beim Wiederaufbau und der Entwicklung eng mit der syrischen Regierung zusammenzuarbeiten. In wirtschaftlicher Hinsicht besteht die größte Hoffnung für Syrien darin, sich eng in die Region des östlichen Mittelmeerraums und des Nahen Ostens zu integrieren, insbesondere durch den Bau einer physischen Infrastruktur (Straßen, Schienen, Glasfaser, Strom, Wasser), die Syrien mit der Türkei, dem Nahen Osten und den Mittelmeerländern verbindet. Wie im Falle Israels und Palästinas sollte dieses Investitionsprogramm zum Teil durch einen neuen Fonds für Frieden und nachhaltige Entwicklung finanziert werden, der von diesem Rat eingerichtet wird.

Der Krieg in der Sahelzone hat vergleichbare Wurzeln wie der Krieg in Syrien. So wie die Regionalmächte und die USA 2011 das Regime von Bashar al-Assad stürzen wollten, so wollten die NATO-Großmächte 2011 auch das Regime von Muammar al-Gaddafi in Libyen stürzen. Bei der Verfolgung dieses Ziels überschritten sie in grober Weise das Mandat der Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrats, die den Schutz der libyschen Zivilbevölkerung, aber keinesfalls eine NATO-geführte Operation zum Regimewechsel genehmigt hatte. Der gewaltsame Umsturz der libyschen Regierung griff schnell auf die verarmten Länder der Sahelzone über. Allein schon die Armut machte diese Sahelländer äußerst anfällig für den Zustrom von Waffen und Milizen. Die Folge waren anhaltende Gewalt und zahlreiche Putsche, die die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Verbesserung ernsthaft untergraben haben.

Die Krise in der Sahelzone ist heute in erster Linie eine Krise der Unsicherheit und Armut. Die Sahelzone ist eine halbtrockene bis extrem trockene Region, in der chronische Ernährungsunsicherheit, Hunger und extreme Armut herrschen. Die meisten Länder der Region sind Binnenländer, was den Transport und den internationalen Handel massiv erschwert. Gleichzeitig verfügt die Region über riesige Vorkommen an wertvollen

Mineralien, eine große biologische Vielfalt und ein großes agronomisches Potenzial, ein riesiges Potenzial an Solarenergie und natürlich ein enormes menschliches Potenzial, das aufgrund eines chronischen Mangels an Schul- und Berufsbildung bislang nicht erschlossen wird. Die Länder der Sahelzone bilden einen natürlichen Zusammenschluss für regionale Wirtschaftsinvestitionen in Infrastruktur. Die gesamte Region benötigt dringend Investitionen in die Elektrifizierung, den digitalen Zugang, die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, den Straßen- und Schienenverkehr sowie in soziale Dienstleistungen, insbesondere in das Bildungs- und Gesundheitswesen. Da die Sahelzone zu den ärmsten Regionen der Welt gehört, sind die Regierungen völlig außerstande, die erforderlichen Investitionen zu finanzieren. Auch hier, und vielleicht mehr als in jeder anderen Region, ist die Sahelzone auf externe Finanzierung angewiesen, um den Übergang von Krieg zu Frieden und von extremer Armut zu nachhaltiger Entwicklung zu schaffen.

Alle P5-Mitglieder, ja die ganze Welt, leiden unter den nachteiligen Folgen der Fortsetzung dieser Kriege. Alle zahlen einen Preis in Form von finanziellen Belastungen, wirtschaftlicher Instabilität, Risiken des Terrorismus und der Gefahr eines größeren Krieges. Der Sicherheitsrat ist in der Lage, entschlossene Maßnahmen zur Beendigung des Krieges zu ergreifen, gerade weil das Interesse aller Mitglieder des UN-Sicherheitsrates und insbesondere aller P5-Länder eindeutig in der Beendigung dieser seit langem andauernden Kriege besteht, bevor diese zu noch gefährlicheren Konflikten eskalieren. Der Sicherheitsrat ist durch die UN-Charta mit beträchtlichen Befugnissen ausgestattet, sofern er über die Entschlossenheit seiner Mitglieder verfügt. Er kann Friedenstruppen einsetzen, wenn nötig sogar Armeen. Er kann Wirtschaftssanktionen gegen Länder verhängen, die sich nicht an die Resolutionen des UN-Sicherheitsrats halten. Er kann Staaten Sicherheitsgarantien gewähren. Er kann sich an den Internationalen Strafgerichtshof wenden, um Kriegsverbrechen zu unterbinden. Kurzum, der Rat ist durchaus in der Lage, seine Resolutionen durchzusetzen, wenn er sich dazu entschließt. Um des Weltfriedens willen sollte der Rat jetzt beschließen, diese Kriege zu beenden. Der UN-Sicherheitsrat sollte auch seine Mittel verstärken, indem er sich neben den üblichen Entscheidungen über Grenzen, Friedenstruppen, Sanktionen und dergleichen auch für die wirtschaftliche Friedenskonsolidierung einsetzt. Ich habe mehrfach die Idee erwähnt, einen neuen Friedens- und Entwicklungsfonds einzurichten, den der UN-Sicherheitsrat einsetzen könnte, um eine positive Dynamik für eine nachhaltige Entwicklung zu schaffen und andere Investoren – wie die Weltbank, den IWF und die regionalen multilateralen Entwicklungsbanken – zu Investitionen in die Friedenssicherung zu ermutigen. Ich würde drei Leitlinien für einen solchen neuen Fonds empfehlen: Erstens würde er von den Großmächten finanziert werden, die einen Teil ihrer Militärausgaben für die globale Friedensstiftung verwenden. Die USA beispielsweise geben derzeit etwa 1 Billion Dollar pro Jahr für das Militär aus, während China, Russland, Indien und Saudi-Arabien die nächstgrößeren Ausgaben tätigen und zusammen etwas mehr als die Hälfte der US-Militärausgaben, vielleicht etwa 600 Milliarden Dollar, aufbringen. Angenommen, diese Länder würden ihre Militärausgaben um nur 10 % senken und die Einsparungen in den Friedens- und Entwicklungsfonds umleiten. Allein dadurch würden etwa 160 Milliarden

Dollar pro Jahr verfügbar. Selbst diese Summe ließe sich mit etwas Finanzplanung so aufbessern, dass jährliche Darlehen in Höhe von etwa 320 Milliarden Dollar möglich wären, also genug, um den heutigen Kriegsgebieten zu helfen, eine energische Wende hin zu Erholung und Entwicklung einzuleiten. Zweitens würde der Fonds den Schwerpunkt auf die regionale Integration legen. Dies ist sowohl für die Friedenssicherung als auch für eine erfolgreiche Entwicklung von größter Bedeutung. Der Ukraine würde geholfen werden, sich sowohl nach Westen (in die EU) als auch nach Osten (in Richtung Russland, Zentralasien und Ostasien) zu integrieren. Israel, Palästina und Syrien würden in ein Infrastrukturnetz für die Region des östlichen Mittelmeers und des Nahen Ostens (EMME) integriert, was sowohl den Frieden als auch die wirtschaftliche Entwicklung fördern würde. Die Länder der Sahelzone würden durch ein Infrastrukturnetz für Straßen, Eisenbahnen, Häfen, Glasfaserkabel und Strom aus ihrer Isolation und dem Mangel an grundlegenden Dienstleistungen befreit. Drittens würde der Fonds für Frieden und Entwicklung mit anderen Finanzierungsströmen kooperieren, z. B. mit Chinas Gürtel- und Straßeninitiative, dem Global Gateway der EU, der Globalen Partnerschaft für Infrastruktur und Investitionen der G7 und der verstärkten Kreditvergabe durch die Bretton-Woods-Institutionen und die regionalen Entwicklungsbanken. Interessanterweise könnte der Fonds für Frieden und Entwicklung ein Vehikel für größere Investitionspartnerschaften zwischen China, der EU, den Vereinigten Staaten und der G7 sein. Auch dies wäre ein Beitrag zum Frieden, nicht nur in den heutigen Kriegsgebieten, sondern auch zwischen den Großmächten der Welt.

Direkt gegenüber von uns befindet sich die Jesaja-Mauer mit den visionären Worten des großen jüdischen Propheten aus dem 8. Jahrhundert vor Christus: „Dann werden sie ihre Schwerter in Pflugscharen umschmieden und ihre Speere in Winzermesser. Kein Volk wird mehr ein anderes Volk angreifen, und keiner wird mehr lernen, wie man Krieg führt.“ Es ist an der Zeit, die Worte Jesajas zu beherzigen, indem wir diese sinnlosen Kriege beenden, die Militärausgaben kürzen und die Einsparungen in neue Investitionen in Bildung, Gesundheitsfürsorge, erneuerbare Energien und sozialen Schutz umwandeln. Der Vorschlag, die heutigen Militärausgaben in die Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung von morgen umzuleiten, stützt sich nicht nur auf die bleibende Weisheit Jesajas, sondern auch auf die Vorschläge religiöser Führer und der Nationen der Welt in der UN-Generalversammlung. Papst Paul VI. forderte in seiner brillanten Enzyklika *Populorum Progresio* (1967) die Staats- und Regierungschefs der Welt auf, „einen Teil ihrer Militärausgaben für einen Weltfonds zur Verfügung zu stellen, um die Bedürfnisse der verarmten Völker zu lindern“. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen griff dieses Anliegen in der Resolution 75/43 auf und forderte „die internationale Gemeinschaft auf, einen Teil der Mittel, die durch die Umsetzung von Abrüstungs- und Rüstungsbeschränkungsabkommen zur Verfügung gestellt werden, für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu verwenden, um die immer größer werdende Kluft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu verringern.“ Als Amerikaner bin ich stolz darauf, dass unser bedeutendster Präsident, Franklin Delano Roosevelt, der Visionär war, der die Gründung dieser großartigen Institution leitete. Ich glaube fest an die Fähigkeit der Vereinten Nationen und dieses Sicherheitsrates, den Frieden

zu wahren und eine nachhaltige Entwicklung zu fördern. Wenn alle 193 UN-Mitgliedsstaaten - oder 194 mit der Mitgliedschaft Palästinas - der UN-Charta gerecht werden, werden wir ein neues globales Zeitalter des Friedens und der nachhaltigen Entwicklung erleben.

**ENDE**

---

(1) Es sei daran erinnert, dass die UN-Charta in Artikel 2 Absatz 4 nicht nur die Anwendung von Gewalt, sondern auch die Androhung von Gewalt verbietet.